



## Vorlage

Drucksachen-Nr.:	<b>DR/BV/297/2007/V-50</b>
Einreicher:	Der Oberbürgermeister Herr Koschig

Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Stadtrat	öffentlich	28.11.2007				

### Titel:

Entsendung von zwei Mitgliedern des Stadtrates in den Beirat des Jobcenters SGB II Dessau-Roßlau

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau entsendet nachfolgende Stadträte in den Beirat des Jobcenters SGB II Dessau-Roßlau:

1. ....

2. ....

Gesetzliche Grundlagen:	§ 54 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt, § 19 der „Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 53 SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft“
Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse:	
Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen:	
Hinweise zur Veröffentlichung:	

### Finanzbedarf/Finanzierung:

**Begründung:** siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Oberbürgermeister

beschlossen im Stadtrat am:

Dr. Exner  
Vorsitzender des Stadtrates

Hoffmann  
1. Stellvertreter

Storz  
2. Stellvertreter

## Anlage 1:

### **Begründung:**

Gemäß § 19 der „Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gemäß § 53 SGB X über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft“ wurde für das Jobcenter SGB II ein Beirat gebildet. Die Stadt Dessau-Roßlau entsendet dabei 2 Mitglieder aus den Reihen des Stadtrates in den Beirat.

Bisher wurden nachfolgende Kandidaten durch die Fraktionen des Stadtrates benannt:

- Frau Monika Andrich - Vorschlag der Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau,
- Herr Thomas Busch - Vorschlag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, mitgetragen von der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
- Herr Hans-Peter Dreibrodts oder
- Herr Udo Gebhardt - Vorschläge der Fraktion der SPD als zweites Mitglied

Keine Vorschläge wurden unterbreitet von

- der Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM
- der Fraktion der FDP.

Da mehrere Mitglieder benannt wurden, wird vorgeschlagen, dass die durch gesonderten Beschluss zu entsendenden Stadträte durch eine „Vorwahl“ ermittelt werden und die Kandidaten mit den meisten Stimmen in den Beschlussvorschlag übernommen werden.